

schen Republik - immer noch geltenden Vertreibungsdekrete des kommunistischen Exministerpräsidenten Gomolka endlich auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen,

(Beifall bei der DVU - Zuruf von der Linkspartei.PDS:
Da gehören Sie hin, Herr Nonninger!)

wenn sich die polnische Regierung nicht dazu durchringt - denn nach Schätzung gibt es etwa 1 Million heimatvertriebene Deutsche -, diesen Heimatvertriebenen Autonomie und Volksgruppenrechte zuzusprechen, wie sie beispielsweise hier in Brandenburg gegenüber den Sorben oder in Schleswig-Holstein gegenüber den Dänen, beispielsweise auch in Ungarn gegenüber der dortigen deutschen Minderheit selbstverständlich sind.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Das ist kein Vergleich! - Schulze [SPD]: So jung und schon so ein Hetzer! - Frau Große [Die Linkspartei.PDS]: Das ist ja wohl das Letzte!)

Weiterhin sollten Sie, Herr Ministerpräsident Platzek, in Ihren Gesprächen in Warschau darauf hinweisen, dass die Forderungen des Bundes der Vertriebenen nach Heimatrecht sowie Rückgabe bzw. Entschädigung für die aus dem polnischen Machtbereich Vertriebenen und ihre Nachkommen eigentlich völkerrechtliche Selbstverständlichkeiten sind, ohne deren Erfüllung ein Staat wie Polen überhaupt nicht in die Europäische Union hätte aufgenommen werden dürfen.

(Beifall bei der DVU - Unmut im Saal)

Polen könnte sich in diesen Fragen gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen zum Beispiel das bereits erwähnte Ungarn, Rumänien, Estland und neuerdings auch die Slowakei zum Vorbild nehmen. Zu den ökonomischen und sozialen Aspekten der geplanten Oder-Partnerschaft komme ich im zweiten Teil meiner Rede. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU - Unmut bei SPD, CDU und der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Debattenbeitrag der Koalition fort. Frau Abgeordnete Richstein spricht.

Frau Richstein (CDU):*

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich lebe gern in Brandenburg, nicht nur, weil es ein wunderschönes Fleckchen Erde ist und weil hier liebenswerte Menschen wohnen, sondern ich wohne auch gern in Brandenburg, weil Brandenburg im Herzen Europas liegt und weil wir an einer Grenze zu den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union tagtäglich erleben, wie es ist, in einer Gemeinschaft zu leben, in der wir seit über 60 Jahren Frieden haben.

(Beifall bei CDU, SPD und der Linkspartei.PDS)

Frieden - ein Gut, das wir nicht hoch genug schätzen können, da gerade von deutschem Boden die letzten Kriege ausgegangen sind und wir Verderben und Tod über Millionen von Menschen gebracht haben. Ich schäme mich, dass eine Rede wie

die von Ihnen, Herr Nonninger, hier gehalten wird und von einem deutschen Parlament ausgeht.

(Beifall bei CDU, SPD und der Linkspartei.PDS)

Was Sie an Geschichtsverdrehungen hier begehen, ist wirklich hanebüchen. Spätestens seit dem Zwei-plus-Vier-Abkommen haben wir uns dazu bekannt, dass es eine ewige und unantastbare Westgrenze Polens gibt. Das sollten wir alle achten. Wenn Sie sich hier als Wolf im Schafspelz gerieren und sagen, Sie würden das anerkennen, gleichzeitig in Ihrem Programm aber nicht anerkennen, dann kann ich Ihren Worten keinen Glauben schenken.

Wir in Brandenburg müssen wirklich hart an dieser Partnerschaft arbeiten. Ich weiß, dass die Landesregierung und der Landtag von Beginn an immer wieder die polnische Partnerschaft gesucht haben und dass wir wirklich beispielhaft sind, was die Zusammenarbeit mit sechs polnischen Woiewodschaften betrifft. Dass Polen unser größter Exportpartner ist - 15 % unserer Exporte gehen nach Polen -, dürfen wir nicht gering schätzen.

(Bochow [SPD]: Tendenz steigend!)

- Wir wissen, dass diese Tendenz steigend ist; vielen Dank für diesen Hinweis. Wir wissen aber auch, dass wir noch viel zu tun haben, diese Partnerschaft zu vertiefen, um auf Augenhöhe miteinander zu arbeiten.

Es ist nun einmal so, dass Polen ein anderes Staatsgefüge hat, dass wir an der Grenze mit anderen Partnern reden als mit denen, die an der Spitze des Zentralstaates in Warschau sitzen. Hier müssen wir viele Konflikte lösen, die wir nicht hätten, wenn es auch in Polen ein föderales System gäbe.

Deswegen begrüße ich es sehr, dass der Ministerpräsident im Mai erklärt hat, wir müssten uns gerade hier noch verstärkt auf eine Oder-Partnerschaft verständigen. Denn es ist letztendlich in unser aller Interesse, dass wir hier gut zusammenarbeiten - zum Wohle Brandenburgs, aber auch zum Wohle Polens. Denn wir wissen, dass wir einander brauchen. Deswegen bekräftige ich, dass ich sehr für diese Partnerschaft bin, und ich verurteile nochmals Ihre Worte. Ich hoffe, dass wir uns einen zweiten Teil Ihrer Rede nicht mehr anhören müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU, SPD und der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Das Wort erhält die Linkspartei.PDS. Es spricht die Abgeordnete Stobrawa.

Frau Stobrawa (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Richstein, Respekt für die Worte, die Sie gewählt haben. Man kann eigentlich nicht klarer und deutlicher zum Ausdruck bringen, was zu dem, was Sie, Herr Nonninger, hier geliefert haben, zu sagen ist.

Deutschfeindliche Positionen der polnischen Regierung? Ich glaube, Sie stellen nicht nur mit dieser Äußerung die Geschichte und die gegenwärtigen Aktionen und Reaktionen auf den